

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 12

Artikel: Wir wollen den Schmutz gemeinsam bekämpfen : aus : "Democratic German Reports", 3. Nov. 1971
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141963>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

diese Vorschriften zurückzudatieren, so daß sie auch alle Bauten in Konstruktion erfaßten. Diese Projekte waren unter den alten Vorschriften genehmigt worden. Die Gesellschaft hatte Lizenzen erteilt, und jetzt wurde ihr eröffnet, daß diese Lizenzen ungültig seien, und daß neue Lizenzen nicht erteilt würden, bis einengende — und kostspielige — Sicherheitsbestimmungen in die Pläne eingeschlossen worden seien.

Auch jetzt noch hätte die AEC die Entscheidung des Gerichts anfechten können, in der Hoffnung, daß die Regierung nicht zulassen würde, daß wichtigste Industrieprogramme um Jahre zurückgeworfen würden. Daß es nicht geschah, wird auf das Dazwischentreten des neuen Leiters der AEC, James Schlesinger, zurückgeführt, der sofort den Erlaß neuer Vorschriften ankündigte. Sie bedeuten die Schließung von fünf Reaktoren, die schon betrieben werden, und drohen die Annullierung der Projekte von sechsundvierzig weiteren an, die noch nicht begonnen wurden.

In Zukunft werden Umweltfaktoren in zwei Stadien des Genehmigungsverfahrens zur Anwendung kommen: 1. wenn eine Gesellschaft einen Antrag stellt, und 2. wenn sie die Erlaubnis zum Baubeginn beantragt. Die AEC wird dafür verantwortlich gemacht, daß Umweltschutzerwägungen in jedem Stadium der Genehmigungsprozedur berücksichtigt werden und daß dem Publikum genügend Zeit gelassen wird, jeden Bericht und jede Entscheidung zu kritisieren oder zu beanstanden.

Das Geschehene kann nicht als unbedeutend abgetan werden, aber es ist nicht das, was allein helfen kann: das völlige Verbot des Baues von Uranreaktoren. Denn man kann voraussehen, was geschehen wird: der Umweltschutz wird hineingezogen in die Gewinn- und Verlustrechnung, statt ihr übergeordnet zu werden, und es ist wahrscheinlich, daß gewisse Auflagen, die nur der Reinerhaltung von Luft und Wasser und also nur dem Menschen dienen, von der Nuklearindustrie als unzumutbar zurückgewiesen werden.

Gewiß haben die Vereinigungen, die diesen ersten Erfolg erzwungen haben, das vorhergesehen, und sie betrachten ihn nur als die erste Runde in einem langen Kampf um die Verbreitung der Einsicht, daß der Bau von Uranreaktoren für alle Zeiten ausgeschlossen bleiben muß.

Ian Dougall in «Peace News», 24. Sept. 1971

Wir wollen den Schmutz gemeinsam bekämpfen

(Aus: «Democratic German Report», 3. Nov. 1971)

Einer an die UNO gerichteten offiziellen Erklärung der DDR entnehmen wir was folgt:

«Die Regierung der DDR (Deutsche Demokratische Republik) ist

überzeugt, daß die Wirksamkeit der Umweltschutz-Maßnahmen individueller Staaten durch diesbezügliche internationale Abkommen wesentlich erhöht werden müßte. Aus diesen Gründen haben die DDR, die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei Abkommen unterzeichnet, welche die Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung und der Reinhaltung der Atmosphäre bezwecken. Die DDR ist der Auffassung, daß entsprechende Abmachungen, gemeinsame Maßnahmen für den Naturschutz z. B. oder die Reinhaltung von Luft und Wasser zum Wohl aller Beteiligten, und auf der Grundlage gleicher und friedlicher Zusammenarbeit, auch zwischen Ländern verschiedener gesellschaftlicher Ordnung abgeschlossen werden sollten. Um einen wirklichen Fortschritt zum Nutzen aller Völker zu erzielen, ist eine strikte Beobachtung des Universalitätsprinzips in der Entwicklung internationaler Zusammenarbeit, besonders für Umweltschutz, absolut unerläßlich.

Die Aufstellung der notwendigen internationalen Standards erfordert die Mitarbeit aller Staaten. Die Abhaltung wie der Erfolg der Stockholmer Umweltschutz-Konferenz im Jahre 1972 kann nur garantiert werden, wenn alle Staaten, die sich dafür interessieren, die Möglichkeit haben, unter gleichen Bedingungen teilzunehmen.

Die Regierung der DDR ist bereit und in der Lage, andern Staaten die Erfahrungen, welche sie auf dem Gebiete des Umweltschutzes erworben hat, zu unterbreiten. Als ein Staat im Zentrum von Europa gelegen, mit einer hochentwickelten Industrie, kann die DDR auf viele Arten an die Lösung von ökologischen Problemen beitragen, denen sich die Völker heute, im Laufe der industriellen Entwicklung und der wissenschaftlich-technischen Revolution gegenüber gestellt sehen.»

Hinzuzufügen wäre, als Indiz, mit welcher Energie die Behörden der DDR die Umweltschutz-Aufgaben anpacken, eine Mitteilung des Vize-Ministerpräsidenten der DDR, Dr. Werner Titel, die er kürzlich im Klub der Auslandspresse in Ost-Berlin machte.

«Der hohe Ausnützungsgrad des Wassers, der in der DDR erforderlich ist, hat zur Folge, daß riesige Summen für Klärungszwecke ausgegeben werden müssen. Trotz ständig zunehmender Industrie und Landwirtschaft hat die DDR es fertig gebracht, die Verschmutzung mancher Flüsse auf ein Minimum zu beschränken. Es geschieht dies durch den Bau von Kläranlagen in Städten, Dörfern und in der Nähe von großen Industrieanlagen, wie durch die Einführung von Wasser sparenden Produktionstechniken.

Die Öl-Raffinerie in Schwedt an der Oder z. B., nahe der Ostseeküste, entläßt das gebrauchte Wasser nach den verschiedenen Klärungsprozeduren in die Oder und zwar so rein, daß das Flußwasser unterhalb des Werkes als Trinkwasser verwendet werden kann. Darüber hinaus wird die Ostsee von der Oder nicht verschmutzt.»

Wann wird ähnliches von Schweizerflüssen behauptet werden können?
Red.